

„Relocation from below!?“

... als weitere Säule der Solidarity Cities

... und wie weiter von der Bereitschaftserklärung zur praktischen Umsetzung?

Das Konzept der Solidarity Cities ist von Beginn an transnational angelegt bzw. transnational inspiriert. In der Praxis stehen bislang Kampagnen gegen Abschiebungen, der Zugang zu sozialen Dienstleistungen sowie Aktivitäten rund um Wohnraum und prekäre Beschäftigung im Vordergrund, letzteres nicht zuletzt als bewusste Verbindungslinien zu anderen sozialen Kämpfen. Diese inhaltlich-praktischen Säulen bleiben von zentraler Bedeutung, doch besteht eine weitere Herausforderung, in der sich das Netzwerk der Solidari-schen Städte so stark wie möglich einbringen sollte: nämlich Druck zu machen für die direkte Auf- oder Übernahme (Relocation) von Schutzsuchenden aus dem zentralen Mittelmeer.

Der italienische Innenminister Salvini hatte kurz nach seiner Amtseinführung im Juni 2018 begonnen, die Häfen in Sizilien für die Seenotrettung zu schließen. Er tut es für seine eigene rechtspopulistische Propaganda, aber nicht ohne Rückendeckung der Achse der Schande, die sich von den Regierenden in Rom über Wien bis Berlin zieht. Auch die Blockierung und Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung durch die Regierung in Malta wäre ohne die Zustimmung von Seehofer und Co so nicht denkbar. Mit dieser neuen Dimension des Rollback, des Sterbenlassens auf See und der verschärften Kriminalisierung der Seenotrettung, sollten und werden wir uns nicht abfinden. Nicht auf See und nicht in den Städten.

Schutzsuchende werden absehbar weiter versuchen, sich von Libyen aus durchzuschlagen, auch wenn es sehr viel weniger Menschen als in den Jahren 2014 bis 2017 sind. (Zudem sollten wir nicht die gesteigerten Ankünfte aus Marokko nach Spanien sowie die Situation in der Ägäis aus dem Blick verlieren). Bereits Ende Mai 2018 gab es daher ein transnationales Treffen in Palermo, gemeinsam eingeladen vom dortigen Bürgermeister und dem WatchThe-Med Alarm Phone, um über die Frage von sicheren, offenen Häfen sowie über Möglichkeiten der sicheren Weiterreise innerhalb der EU zu diskutieren. In einer gemeinsamen Erklärung wurde zu „Korridoren der Solidarität“ aufgerufen, siehe: https://alarmphone.org/en/2018/06/17/toward-a-coalition-of-solidarity-for-the-right-to-mobility-and-equal-rights-for-all/?post_type=release_type=post

Die Seenotrettungsorganisationen von Aquarius bis Sea Watch, Lifeline und Luventa wollen und werden alles versuchen, in den kommenden Wochen wieder in der Search and Rescue Zone nördlich von Libyen aktiv zu sein, zumal die sogenannte libysche Küstenwache im erneut aufgeflamten Bürgerkrieg offensichtlich zusammengebrochen ist. Es gibt die progressiven Bürgermeister in Italien, beispielhaft in Palermo und Neapel, die immer wieder die Öffnung ihrer Häfen für die Seenotrettung fordern, gemeinsam mit den sozialen Bewegungen in Italien und Vertretern der katholischen Kirche. Herausragend in praktischer Solidarität trat mehrfach die Stadtregierung in Barcelona in Erscheinung, und mit Berlin hatte sich bereits Ende Juni die erste Stadtregierung in Deutschland sehr entschieden zu Wort gemeldet, siehe: <http://www.taz.de/5516521/>

Seitdem haben sich in Deutschland weitere Landesregierungen (Schleswig Holstein und Niedersachsen) sowie zahlreiche BürgermeisterInnen und/oder Stadtverwaltungen in verschiedener Form dafür ausgesprochen, Gerettete aufzunehmen, u.a. aus Düsseldorf, Köln, Bonn, Frankfurt, Bielefeld, Potsdam, Osnabrück, Offenbach, Rostock...

Hintergrund dieser Entwicklung ist nicht nur, dass es eine breite mediale Kritik am menschenverachtenden Umgang mit Geretteten vor den Küsten Europas und an der Kriminalisierung oder Blockierung der Seenotrettung gibt. Entscheidend ist, dass sich unter dem Hashtag Seebrücken seit dem 7. Juli mit den gleichzeitigen Protesten in Berlin, Hannover und Frankfurt – und seitdem ununterbrochen in zahllosen weiteren großen und kleinen Städten – ein breiter Protest auf der Straße entwickelt hat.

"Wir fordern sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme von Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind – kurz: Weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Niemand flieht ohne Grund. Schafft solidarische Städte, die eine menschenwürdige Versorgung sowie das Recht auf Teilhabe, Bildung und Arbeit leisten. Schafft sichere Häfen: Build Bridges not Walls!" Siehe: <https://seebruecke.org/european-protests-build-bridges-not-walls/>

Die über 15.000 DemonstrantInnen am 2. September bei der Seebrücke in Hamburg zeigen, dass diese neue Bewegung weiteres mobilisierendes Potential in sich trägt. Dazu kommt jetzt die laufende Mobilisierung für We'll Come United mit einem neuen Höhepunkt am 29. September in Hamburg, siehe <http://antiracist-parade.org>

Seebrücke bleibt ein perfekter Slogan, weil er über die Rettung hinaus die Forderung für die Aufnahme in Städte quer durch Europa in sich trägt. Und es wird nun darauf ankommen, weiter Druck zu machen mit kontinuierlichen dezentralen Initiativen und Aktionen. Dazu wäre es wichtig, ein gemeinsames Konzept – von Solidarity City über Städte der Zuflucht bis Seebrücken – oder zumindest aufeinander aufbauende Argumentationslinien zu entwickeln, um die jeweiligen Entscheidungsträger in Richtung praktischer Umsetzung zu drängen.

Die genannten Bundesländer und die Städte mit ihren BürgermeisterInnen und Stadtverwaltungen haben sich ganz unterschiedlich zur Aufnahme geäußert, sie haben auch verschiedene Kompetenzen. Ob und wie ernst die jeweiligen Bereitschaftserklärungen zu nehmen sind, sollte nun möglichst konkret hinterfragt werden, wenn es nicht bei rhetorischer Symbolik bleiben soll. Und die neuere Geschichte zeigt, dass sich auch das BMI Dynamiken nicht verschließen kann, wenn sie denn stark genug sind.

Gleichzeitig braucht es konkrete Vorschläge, die sich auf Relocation-Erfahrungen der letzten Jahre beziehen können. In der öffentlich-institutionellen Diskussion setzt sich Gesine Schwan seit 2016 für die Stärkung der Städte in Kombination mit einem neuen EU-Fonds für die Aufnahme von Schutzsuchenden ein. Zu ihrem Vorschlag, zu den Ansätzen der Städte der Zuflucht, zu einigen bisherigen Erfahrungen mit Aufnahmeprogrammen, mit abschließenden Bemerkungen zur potentiellen Rolle des Netzwerks der Solidarischen Städte sowie mit weiterführenden Informationen von Helene Heuser findet sich nachfolgend eine Sammlung von Informationen/Links mit Kommentaren und Fragen, die wir in einer überregionalen Arbeitsgruppe weiter bearbeiten wollen.

Überblick und Unterscheidung der Aufnahmeprogramme –

Resettlement, Humanitäre Aufnahme Programme (HAP) und Relocation

Wer sich mit der Aufnahme von Flüchteten in Deutschland befasst, stößt zunächst auf Resettlement (Rst) und Humanitäre Aufnahme Programme (HAP). Die Beteiligung Deutschlands an Rst-Programmen bleibt bislang zahlenmäßig sehr überschaubar, ca. 3.000 Menschen von 2012 bis 2017, vor allem aus Syrien. Bei den HAPs sind es sehr viel mehr, denn sie haben eine längere Geschichte, von Ungarn 1956 über die bosnischen Kriegsflüchtlinge Anfang der 90er bis zu Schutzprogrammen für SyrerInnen in den letzten Jahren. In beiden Fällen geht es um Menschen, die sich außerhalb der EU befinden, die in besonderen Verfahren ausgewählt werden, mit einem Visum (§23.4 oder §23.2) einreisen und in der Regel über Friedland/Niedersachsen in Deutschland verteilt werden.

Davon zu unterscheiden sind die Relocation-Verfahren, in denen es um Schutzsuchende oder Anerkannte ging, die sich bereits in die EU (Malta, Griechenland, Italien) durchgeschlagen haben bzw. gerettet wurden.

Zum Überblick und zur Unterscheidung folgende Links, bevor es dann mit Informationen zum Relocation weitergeht, dem für die Fragestellung der Übernahme auf See geretteter Menschen wohl entscheidenden Verfahren.

<https://resettlement.de/>

<https://www.proasyl.de/hintergrund/resettlement-hap-relocation-wie-bitte-aufnahme-programme-im-ueberblick/>

Relocation 2015-2017

Hierzu gibt es einen Text von Helene Heuser (siehe angehängten Link), der die Abläufe schildert, die politisch absehbaren bis gewollten Umsetzungsprobleme oder -blockierungen interpretiert und die rechtliche Verbindlichkeit verdeutlicht.

Es muss betont werden, dass dieses Relocation Programm nur für wenige Nationalitäten galt (bei denen EU-weit eine mindestens 75%ige Anerkennungsquote bestand), was es faktisch auf syrische, eritreische und (bis 2016) irakische Geflüchtete einschränkte. Die Geflüchteten, die in Frage kamen, konnten sich aber die Zielländer nicht auswählen (kein Free Choice, sondern Zuweisung), zudem waren die Verfahren sehr bürokratisch und mit ewigen Wartezeiten verbunden, so dass viele, die über die Ressourcen und Möglichkeiten verfügten, sich schneller und selbstbestimmt auf den Weg nach Norden machten. Die Schutzsuchenden, die das Relocation-Programm in Anspruch nahmen, reisten nach einem speziellen Auswahlprozess in der Regel über den Flughafen München Erding ein und wurden entsprechend des Königsteiner Schlüssels auf die Bundesländer und Erstaufnahme-Einrichtungen verteilt, wo sie wie alle anderen Geflüchteten ihr Asylverfahren durchlaufen.

Dieser eingerichtete „Notfallmechanismus“ zeigt jedoch auch: alles ist möglich, wenn entsprechende soziale Realitäten die Herrschenden dazu zwingen! Es waren die Dynamiken des March of Hope und des langen Sommers der Migration vor genau drei Jahren, die die Verantwortlichen in der EU und in den Nationalstaaten so unter Druck setzte, dass im September 2015 „mit heißer Nadel gestrickte“ Verteilungsprogramme auf EU-Ebene beschlossen wurden. Letztlich sind jedoch nahezu zwei Drittel der 160.000 in 2015 beschlossenen Relocation-Plätze verfallen, also von den Nationalstaaten nicht entsprechend der Zusagen umgesetzt worden.

Helene Heuser:

<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/juniorprofessuren/markard/forschungsprojekt-staedte-der-zuflucht/aktuelles/01-nvwz-zwei-jahre-eu-umsiedlungsprogramm-erfolgreiches-pilotprojekt-oder-gescheiterter-notfallmechanismus-artikel.html>

Überblicksinformationen:

<https://resettlement.de/relocation/>

<https://www.easo.europa.eu/easo-relocation>

Zahlen bis Juli 2018:

https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_relocation_en.pdf

Informationen zum Relocation-Prozess aus Griechenland und Italien nach Deutschland:

<https://resettlement.de/relocation-umverteilung-von-asylsuchenden-aus-griechenland-und-italien-in-andere-eu-staaten/>

Kleine Anfrage aus 2016 zum schleppenden Relocation-Prozess

<https://resettlement.de/wp-content/uploads/Antwort-KA-Umverteilung-1810152-1.pdf>

Warteraum Erding „Camp Shelterschleife“ (zur Zeit leerstehend):

<https://www.merkur.de/lokales/erding/erding-ort28651/ende-eu-fluechtlingsprogramms-warteraum-asyil-im-fliegerhorst-leer-aber-wie-lange-9755771.html>

Relocation 2010-2012

Bereits im Jahr 2010 und 2012 gab es mit EUREMA I und EUREMA II zwei (freiwillige) Relocation-Programme, in denen es um Übernahme von geretteten Geflüchteten aus Malta in andere EU-Länder ging, bei EUREMA II kombiniert mit bilateralen Verträgen zwischen Malta und den Aufnahmestaaten. Die Zahlen sind zwar sehr gering, insgesamt wurden in beiden Programmen nur etwa 600 Personen verteilt, davon kamen etwa 250 nach Deutschland. Im Unterschied zu 2015 (s.o.) hatten die Menschen in Malta schon ein Asylverfahren durchlaufen und ein Auswahlkriterium war dann auch ihr bestehender Flüchtlingsstatus bzw. subsidiärer Schutz. Weitere Kriterien scheinen entsprechend der Resettlement-Verfahren angewendet zu worden zu sein: Sprache, Familie, Qualifizierungen. Aus Einzelfällen wissen wir, dass Schutzsuchende, die nach EUREMA II in Deutschland aufgenommen wurden, sich getäuscht sahen, weil sie erwartet hatten, dass sie ihre Familien nachholen können, was dann aber nicht der Fall war. Interessant wäre herauszufinden, wie insgesamt die Zusammensetzung der nach Deutschland Übernommenen aussah und vor allem, wie sich weitere Erfahrungen aus dem Blickwinkel der „Auserwählten“ darstellen. Daran anschließend ließe sich die Frage stellen, ob in irgendeiner Form an diese Erfahrung angeknüpft werden könnte.

<https://homeaffairs.gov.mt/en/MHAS-Information/EUREMA/Pages/EUREMA-II.aspx>

<http://www.refworld.org/pdfid/52aef8094.pdf>

Sizilien und Malta im Juli und August 2018

In Italien wie auch in Malta haben in den letzten Wochen – jeweils nach absurden und für die Betroffenen sehr dramatischen Verweigerungen bzw. Verzögerung der Anlandungen – zumindest zweimal Schiffe mit Geretteten in Pozzallo bzw. in Valetta angelegt, nachdem es Übernahmezusagen durch verschiedene EU-Regierungen und dabei u.a. auch durch Deutschland gegeben hatte. Seehofer hatte nach Absprache mit Merkel jeweils die Aufnahme von 50 Geretteten zugesagt.

Hier wäre spannend zu verstehen, wer das in welchem Namen nach welchen Kommunikationssträngen ausgehandelt hatte und welches weitere Procedere diesen aktuellsten Relocation-Verabredungen folgte bzw. folgt. Denn zumindest soweit es für den Pozzallo-Case bekannt ist, sind die 50 zugesagten Übernahmen nach Deutschland bislang noch nicht erfolgt.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/flucht-ueber-das-mittelmeer-italien-ver-schafft-sich-gehoer-1.4055222>

<https://www.nrz.de/politik/rettungsschiff-aquarius-darf-auf-malta-anlegen-id215088273.html>

Interessant ist zudem zu lesen, dass in einem der aktuellen Fälle der Anlandung (der Diciotti in Catania) sehr schnell 40 bis 50 der Geflüchteten aus dem italienischen Aufnahmelager noch vor ihrer Verteilung (geplant u.a. nach Irland und Albanien!) verschwunden sind. Ein Artikel dazu – mit verständnisvollen Kommentaren der kirchlichen Entscheidungsträger – hier:

<https://www.domradio.de/themen/fluechtlingshilfe-und-integration/2018-09-06/eine-unklugheit-italienische-bischoefe-bedauern-verschwinden-von-diciotti-migranten>

Der Vorschlag von Gesine Schwan: „Europäische Flüchtlingsintegration als gemeinsame kommunale Entwicklung“

Seit 2016 wirbt die bekannte SPD-Politikerin für ihren Vorschlag „einer neuen Flüchtlingspolitik der EU, die den Gemeinden, die ohnehin die Hauptaufgabe der Integration übernehmen, durch zusätzliche Finanzierungen neue Handlungsspielräume eröffnet. Gemeinden, die freiwillig Flüchtlinge aufnehmen und integrieren, sollen nicht nur die bei der Flüchtlingsaufnahme entstehenden Kosten erstattet bekommen, sondern darüber hinaus auch Mittel erhalten, die sie für die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur (Schulen, Verwaltung, Gewerbeförderung) verwenden können. Eine derartige Asyl- und Flüchtlingspolitik könnte der EU zudem einen menschlichen und ökonomischen Vitalitätsschub verschaffen, der in ihrem Interesse liegt. ...“

Hier das Papier vom März 2017: <https://www.governance-platform.org/initiativen/midi/>

Dort ist auch die englische Version vom März 2018 zu finden, die noch etwas weiter ausgearbeitet ist, was das Finanzierungskonzept anbelangt. Über die nicht eingehaltenen Platzzusagen des Relocation Programms aus 2015 versucht sie eine realpolitische Option für ein Pilotprojekt aufzuzeigen und die Idee, nicht nur die Unterbringung und Integration der Geflüchteten zu finanzieren, sondern die doppelte Summe für kommunale Infrastruktur bereitzustellen, erscheint mehr als klug insbesondere in den aktuellen Zeiten. Zudem setzt sie auf die Municipalities als zentrale Akteure und ist auch eine der Wenigen in den Institutionen, die den Interessen der Geflüchteten überhaupt einen Stellenwert einräumt. Insofern lohnt eine genauere Beschäftigung mit diesem Konzept und es stellt sich die Frage, ob und wie weit eine direkte Bezugnahme oder gar punktuelle Kooperation aus dem Netzwerk der Solidarity Cities oder auch der Seebrücken möglich erscheint.

Dabei erscheint weniger ein Hindernis, dass sie lobbyistisch nach Kompromissen mit den Entscheidungsträgern der Nationalstaaten sucht, wohl wissend, dass an der Riege der Innenminister nichts vorbeigeht. Problematischer erscheint, dass sie seit Kurzem mit Gerald Knaus auftritt, dem Mann der sogenannten „Europäischen Stabilitätsinitiative“, der als Architekt des EU-Türkei-Deals angesehen wird. Siehe:

<http://www.esiweb.org/rumeliobserver/2018/06/20/gesine-schwan-und-gerald-knaus-vorschlag-fur-eine-europaische-antwort-auf-die-fluchtlingsfrage-die-sofort-umgesetzt-werden-kann/>

Knaus ist mitverantwortlich für die systematischen Menschenrechtsverletzungen insbesondere auf den Inseln in Griechenland, er muss als Technokrat des Migrationsmanagements bezeichnet werden, auch wenn er sich aktuell - und in Abgrenzung zu den Rechtspopulisten – als Bewahrer des Flüchtlingsschutzes zu verkaufen versucht. Gesine Schwan mag ihn aus strategisch lobbyistischen Gründen mit ins Boot geholt haben. Es muss abgewartet werden, welchen Einfluss dieser Mann auf das Projekt hat und es sich – wenn es denn überhaupt in Gang käme –, dadurch von den Interessen der Betroffenen weg in Richtung Migrationsmanagement verschiebt.

Netzwerk Städte der Zuflucht

Im Sommer 2016 gründeten sich in Deutschland einige lokale Gruppen, die eine Umsiedlung aus Griechenland direkt in ihre Kommunen vorschlugen. Den Anfang machte die Stadt Osnabrück mit der Kampagne „50ausidomeni“, siehe <https://50ausidomeni.de>. 90 Initiativen von rund einem Dutzend weiterer Kommunen folgten. Sie haben viele Anstrengungen unternommen, ein Relocation from below ganz konkret in Deutschland anzustoßen. Sie haben viele Erfahrungen gemacht (Gespräche mit Lokalpolitikern, Anschreiben von Landes- und Bundespolitik, Kontakte zu Griechischen Hotspots), an die unbedingt angeknüpft werden sollte. Sie wurden teilweise von den Stadtregierungen unterstützt, doch ihnen wurden politisch Steine in den Weg gelegt. Teilweise sind sie im Solidarity City Netzwerk aktiv und jetzt auch mit Seebrücke verknüpft. Sie haben sich letztes Jahr bei einem Vernetzungstreffen den Namen "Bundesweites Netzwerk Städte der Zuflucht" gegeben. Bald soll eine gemeinsame Website folgen.

„Right to Choose“ und

„Build and strengthen the Underground Railroad!“

Schließlich nochmal zu einer der zentralen Fragen für uns: Wo wollen die Menschen eigentlich hin? Darauf gibt es natürlich keine eindeutige Antwort. Die meisten Flüchtenden, Geflüchteten und MigrantInnen bewegen sich in den Migrationsketten ihrer Communities, ihrer Angehörigen und FreundInnen. Viele würden sicher auch was neues, anderes ausprobieren, wenn es für sie interessante Rahmenbedingungen des Willkommens gebe. Jedenfalls ist die selbstbestimmte Wahl der Betroffenen – the right to choose oder free choice – entscheidend für den gesamten Prozess, wenn wir überhaupt von einem möglichen „Relocation from below“ reden wollen.

Wir brauchen eine Auseinandersetzung über Erfahrungen mit Relocation-Programmen oder über den Gesine Schwan-Vorschlag, um uns in die öffentlichen Debatten um Aufnahme von Geflüchteten und Geretteten einzumischen und jeweils entsprechend der lokalen Bedingungen zu überlegen, wie auf BürgermeisterInnen, Stadtverordnete und andere kommunale Entscheidungsträger Druck auszuüben ist.

Doch die Umsetzung einer kommunal organisierten Flüchtlingsaufnahme unter wirklicher Einbeziehung der Interessen der Betroffenen erscheint aktuell in weiter Ferne oder gar als „Mission impossible“, selbst wenn Seehofer über die Bayernwahlen im Oktober stürzen würde.

Wir sollten also auf keinen Fall auf bessere Zeiten warten, sondern uns einerseits in den öffentlichen Diskurs einmischen und gleichzeitig den Auf- oder Ausbau von zivilgesellschaftlichen Fluchthilfe-, Selbstorganisations- und Schutzstrukturen entlang aller Routen weiter vorantreiben. Mit der Gründung von Welcome to Europe (siehe <http://w2eu.info>) vor knapp 10 Jahren wurde die Bildung eines transnationalen Kontaktnetzes im Sinne einer Underground Railroad für Geflüchtete und MigrantInnen praktisch angeregt. Seitdem haben sich entlang vieler Fluchtrouten nachhaltige Strukturen entwickelt, die zwar durch das Roll Back des Grenzregime unter Druck stehen oder verschärft kriminalisiert werden. Doch wir sollten nicht aufhören, immer wieder und weiter Infopunkte und Hotlines einzurichten sowie informelle Herbergen und selbstbestimmte Passagen zu unterstützen. Viele Initiativen haben sich eine Hartnäckigkeit zugelegt wie sie den Bewegungen der Migration eigen ist, die den gesamten Prozess des Kampfes um das Recht auf Bewegungsfreiheit immer wieder antreibt.

Wie oben erwähnt, wollen wir zu einer überregionalen Arbeitsgruppe einladen,

- die die in diesem Text angerissenen Fragen aufgreift und weiter zu diskutieren versucht;
- die dazu beitragen könnte, dass sich in möglichst vielen Städten rund um die Netzwerke der Solidarity Cities, der Städte der Zuflucht sowie der Seebrücken gemeinsame und/oder arbeitsteilige lokale Initiativen im Sinne eines „Relocation from below“ entfalten;
- die diesen Ansatz mit dem Aus- oder Aufbau konkreter, alltäglicher und transnationaler Unterstützungsstrukturen in Beziehung setzt;
- die aktuelle relevante Entwicklungen – wie z.B. momentan den offensichtlichen Zusammenbruch der libyschen Küstenwache – einbezieht und entsprechende Infos verbreitet;
- die immer wieder deutlich macht, dass bei den Forderungen nach der direkten Aufnahme von Geflüchteten in die Kommunen die Frage des „Right to Choose“ der Betroffenen eine zentrale Rolle spielen muss.

Wer an dieser Arbeitsgruppe interessiert ist, bitte bei kmii-hanau@antira.info melden.

Weiterlesen

Hier wird im Oktober 2018 ein Kurzdossier zum Rechtsrahmen der direkten Aufnahme von Schutzsuchenden durch Städte und Gemeinden von Helene Heuser erscheinen: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/>

Einen ersten Überblick zum Konzept „Städte der Zuflucht“, in dem auch weitere Initiativen/Organisationen/Rechtsgrundlagen genannt werden, veröffentlichte Helene Heuser hier:

<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/juniorprofessuren/markard/forschungsprojekt-staedte-der-zuflucht/aktuelles/00-fluechtlingsforschungsblog-staedte-der-zuflucht-artikel.html>

<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/juniorprofessuren/markard/forschungsprojekt-staedte-der-zuflucht/aktuelles/23-sanctuary-cities-sind-in-deutschland-nicht-utopisch.html>

<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/juniorprofessuren/markard/forschungsprojekt-staedte-der-zuflucht/aktuelles/28-die-utopische-kraft-der-staedte.html>

Weitere Aktivitäten des Forschungsprojekts von Helene Heuser können hier verfolgt werden: <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/juniorprofessuren/markard/forschungsprojekt-staedte-der-zuflucht.html>